

Ministerium für Integration, Familie,
Kinder, Jugend und Frauen
Referat 753

Protokoll

der Sitzung des Landesweiten Runden Tisches (LRT) des Rheinland-Pfälzischen Interventionsprojektes gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) am 22. April 2013

Ort: Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen
Kaiser-Friedrich-Straße 5 A, 55116 Mainz
Zeit: 10.00 - 14.00 Uhr
Leitung: Dr. Heike Jung, Leiterin der Abteilung „Frauen“
Protokollführung: Stephanie Jost

Frau Dr. Jung eröffnet die Sitzung und begrüßt als neue Gremiumsmitglieder Frau Dr. Adam-Umbach für den Landesfrauenrat e.V. als Nachfolgerin für Frau Karl-Jordan und Frau Diehl für die LAG der Notrufe als Nachfolgerin für Frau Zech.

Zum Protokoll der Sitzung vom 3.12.2012 gibt es keine Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche.

TOP 1

Ergebnis der Befragung der Familiengerichte zur Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes

Herr Dr. Hartmann, MJV, berichtet über die Ergebnisse der Befragung der Familiengerichte zur Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes.

In der anschließenden Diskussion wird die offensichtliche Diskrepanz zwischen den Ergebnissen der Befragung, die keine wesentlichen Probleme aufgezeigt haben, und den Berichten von Frauen in den Unterstützungseinrichtungen, die gleichwohl von Problemen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gesetzes berichten, deutlich. Berichtet wurde z.B. über erlassene Verfügungen nach dem Gewaltschutzgesetz, die mit gerichtlich getroffenen Regelungen zum Sorge- und Umgangsrecht kollidieren (wie kann der Schutz und die Sicherheit von Gewalt betroffener Frauen gewährleistet werden, wenn sie zwar eine Verfügung nach dem GewSchG erwirkt haben, aber gleichzeitig den Umgang des Täters mit den gemeinsamen Kinder gewährleisten müssen?).

Es wird dafür plädiert im Einzelfall auf allen beteiligten Ebenen das Problembewusstsein zu schärfen und dadurch mögliche Optimierungen zu erreichen. Dabei ist es wichtig, dass etwaige Probleme der Frauenorganisationen gegenüber den Gerichten kommuniziert werden. Ebenso sollen die Jugendämter bzw. deren Leitungen über Problemfälle in der Praxis informiert werden, um auch dort eine Sensibilisierung dafür zu erreichen.

Um eine Spiegelung der Thematik im LRT zu bekommen, wird vorgeschlagen, Frau Hammes als praktizierende Rechtsanwältin für Familienangelegenheiten oder eine andere Rechtsanwältin aus der Gerichtspraxis zu befragen. Ebenso können Beratungsergebnisse der Regionalen Runden Tische zur Bilanz des Gewaltschutzgesetzes mit einfließen.

Es wird vereinbart, dass sich der LRT in seiner nächsten Sitzung erneut mit dem Thema und der weiteren Vorgehensweise befasst.

Auf Nachfrage sagt Herr Dr. Hartmann zu, weitere Informationen zu den im Zusammenhang mit dem Gewaltschutzgesetz stehenden Fortbildungsmaßnahmen hinsichtlich deren Art und Anzahl sowie zu den Teilnehmer/-innen-Zahlen nachzureichen.

Frau Dr. Heine-Wiedenmann informiert über einen rheinland-pfälzischen GFMK-Antrag zum Thema „Gemeinsames Gewaltschutzverfahren für Mütter und deren Kinder“. Der Antrag fand in der GFMK-Vorkonferenz am 17.04./18.04.2013 großen Zuspruch und wird auf der Hauptkonferenz weiter diskutiert.

TOP 2

Empfehlungen der Fachgruppe „sexualisierte Gewalt gegen Frauen“ zur Verbesserung des Angebotes der anonymen Spurensicherung bei GesB

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt.

TOP 3

Darstellung der Interventionsketten von Polizei bzw. Täterarbeitseinrichtungen

Was folgt daraus? Wo muss nachgebessert werden?

Frau Reinhardt und Frau Pook von den Täterarbeitseinrichtungen erläutern ihre Interventionsketten anhand der Übersicht „Zugangswege und Handlungsablauf“ (Anlage zur Einladung). Problematisiert wird der Fall, wenn sich die Täterarbeitseinrichtung als nicht zuständig herausstellt. Dies sind z.B. Fälle, in denen es ausschließlich um Gewalt gegen Kinder, Suchtproblematiken, sexualisierte Gewalt oder Stalking geht. Eine Weitervermittlung gestaltet sich oft schwierig.

Die acht rheinland-pfälzischen Täterarbeitseinrichtungen befassen sich pro Jahr mit insgesamt 350 Fällen. Die Klienten setzen sich je zu einem Drittel aus Selbstmeldern, von öffentlichen Stellen zugewiesenen Beschuldigten und von Kooperationspartnern empfohlenen Tätern zusammen.

In der anschließenden Diskussion wird verdeutlicht, dass es auch Bedarfe an Tätertrainingsangeboten im Bereich der sexualisierten Gewalt, insbesondere bei Jugendlichen, und für Täter aus anderen Kulturkreisen und Sprachgruppen gibt.

Aus Sicht der Frauenunterstützungseinrichtungen wird die Täterarbeit ebenfalls als wichtig erachtet, allerdings fehlen auch Therapieplätze für die betroffenen Frauen. Daneben gilt es allerdings gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Frauen ermöglichen auch mithilfe von Beratung eigenständig und selbstbestimmt zu handeln.

Es wird sich darauf verständigt, dass diese Problematik in dem geplanten Treffen mit den Landtagsabgeordneten vertieft werden soll.

Frau Grundmann erläutert anhand der Übersicht „Arbeitsablauf der Interventionsstellen“ (Anlage zur Einladung) die Interventionskette der Interventionsstellen. Bei den betroffenen Frauen ist es häufig so, dass Multiproblemlagen vorliegen. Die Anzahl der Kontakte liegt in der Regel zwischen eins bis drei Kontakten. Es folgt dann bei Bedarf eine Weitervermittlung, z.B. an die Frauenhausberatungsstellen für langfristige Beratung.

In diesem Zusammenhang verweist Frau Dr. Heine-Wiedenmann auf den demnächst erscheinenden neuen Flyer des Ministeriums „Hilfen für Frauen bei Gewalt in engen sozialen Beziehungen“. Weiterhin wird der Flyer zu den Interventionsstellen in verschiedenen Sprachen aufgelegt.

Die Darstellung der Interventionsketten von Polizei, Notrufen, Frauenhäusern und Frauenhausberatungsstellen wird auf die nächste Sitzung vertagt. Die Beratung der bereits erörterten Handlungsabläufe der Interventionsstellen und Täterarbeitseinrichtungen soll noch einmal aufgegriffen und auf Lücken bezüglich der Außenkontakte und diesbezüglicher Verbesserungen untersucht werden.

TOP 4

Austausch des LRT mit Frau Ministerin Alt

Zunächst erfolgt eine kurze Vorstellungsrunde.

Zum Thema „Frauenhausfinanzierung“ stellt Frau Ministerin Alt klar, dass trotz strenger Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung im Doppelhaushalt 2014/2015 eine Kürzung der Ansätze zur finanziellen Förderung der Frauenhäuser nicht geplant sei.

Den Anträgen auf Finanzierung der pädagogischen Arbeit mit Kindern in Frauenhäusern könne allerdings mit Blick auf die Einsparauflagen aller Voraussicht nach nicht entsprochen werden. Frau Ministerin Alt thematisiert in diesem Zusammenhang den Vorschlag, in einzelnen Frauenhäusern Kinderbetreuung nach dem Modell „Haus des Kindes“ einzurichten.

Frau Dr. Heine-Wiedenmann informiert über die Spendenaktion der Stiftung Lotto Rheinland-Pfalz im Jahr 2013 zugunsten von Kindern in Frauenhäusern.

In diesem Zusammenhang erklärt die Ministerin, dass auch für die Frauennotrufe im Doppelhaushalt 2014/2015 keine Kürzung geplant sei.

Frau Merz betont, dass die Frauenhäuser in RLP eine nachhaltige finanzielle Absicherung der Arbeit mit den Kindern bräuchten. In Anbetracht der enormen Folgekosten häuslicher Gewalt sei die Arbeit mit den Kindern gewaltbetroffener Frauen unverzichtbare Präventionsarbeit.

Frau Merz weist weiter darauf hin, dass die 8 Täterarbeitseinrichtungen im Land eine eigene Koordinierungsstelle haben, aber die 17 Frauenhäuser, 12 Notrufe und 16 Interventionsstellen forderten eine solche Stelle seit langem vergeblich.

Politisch und gesellschaftlich gesehen ergebe sich daraus hinsichtlich der Arbeit für und mit von Gewalt betroffenen Frauen eine Schieflage.

Seitens der Interventionsstellen wird auf die schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen bei gleichzeitig steigenden Fallzahlen mit hohem Unterstützungsbedarf hingewiesen. Frau Ministerin Alt macht deutlich, dass sie dies nachvollziehen kann und die Thematik ernst nimmt. Eine finanzielle Aufstockung der Förderung ist allerdings zum jetzigen Zeitpunkt nahezu ausgeschlossen.

Die Vertreterinnen der Notrufe weisen darauf hin, dass das Thema „sexualisierte Gewalt“ in der Gesellschaft verankert werden muss und dass dabei auch ökonomische Aspekte (Armutrisiko) bedacht werden müssen. Dabei hat mit RIGG eine Verbesserung der Kooperationen der verschiedenen Strukturen stattgefunden. Verbesserungsmöglichkeiten werden gesehen bei der Vernetzung der Regionalen Runden Tische und den Opferschutzeinrichtungen und beim Thema „sexualisierte Gewalt an Frauen mit Behinderung“.

Ministerin Alt stimmt dem zu und macht das Erfordernis deutlich, die Themen in die Öffentlichkeit zu bringen. Weiterhin hält sie eine enge Zusammenarbeit bzw. Abstimmung mit dem MASGD für erforderlich. Das Fachreferat wird die Möglichkeiten einer Einbindung der Notrufe und Frauenhäuser in die Armutskonferenz recherchieren.

Vor diesem Hintergrund informiert Frau Dr. Heine-Wiedenmann über das an den Start gegangene Bundesweite Hilfetelefon. In der ersten Woche wurden 1.600 Anrufe verzeichnet, wobei alle Kommunikationswege beschränkt wurden. Es wird zukünftig mit 700 Anrufen pro Tag gerechnet. Interessant ist das Angebot, dass für das Hilfetelefon tätige Dolmetscher/innen möglicherweise auch bei Problemen vor Ort kontaktiert werden können.

Die Vertreterinnen der Täterarbeitseinrichtungen berichten von einer Evaluation der TU Darmstadt im Bereich der Täterarbeitseinrichtung Landau. Daraus resultiert die Empfehlung, das Programm von einem halben auf ein ganzes Jahr auszuweiten. Mit Blick auf einen besseren Opferschutz wird ein Hand-out zum Thema „GesB-Haus“ verteilt. Ministerin Alt sagt zu, die Thematik im Blick zu behalten und die weitere Umgehensweise mit der Fachabteilung zu besprechen.

TOP 5

Probleme der Frauenhäuser im Zusammenhang mit SGB II (Bericht Frau Merz)

Der Tagesordnungspunkt wird als TOP 1 auf die nächste Sitzung vertagt.

TOP 6

Bessere Erreichbarkeit bestimmter Opfergruppen bei GesB (Bericht der Vertreterinnen der Frauenhäuser, Frauennotrufe und Interventionsstellen)

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt.

TOP 7

Lesbische Frauen – bessere Erreichbarkeit durch Frauenunterstützungseinrichtungen (Bericht der Vertreterinnen der Frauenhäuser, Frauennotrufen und Interventionsstellen)

Aus Sicht der Frauenunterstützungseinrichtungen stellt dieses Thema kein Problem dar. Es wird kein Bedarf gesehen, diese Gruppe von Frauen gesondert anzusprechen. Dabei wird deutlich gemacht, dass die Einrichtungen für alle Frauen offen sind.

TOP 8

Treffen der Mitglieder des LRT mit Landtagsabgeordneten zu Weiterentwicklungsbedarfen im RIGG (Stand der Vorbereitung)

Frau Dr. Jung wird sich mit der Vorsitzenden des Ausschusses für Gleichstellung und Frauenförderung, Frau Leppla (MdL), wegen des Treffens verständigen. Inhaltlich soll das Thema „Entwicklungsbedarfe im RIGG“, insbesondere im Bezug auf Einzelprojekte einen Schwerpunkt bilden. Beiträge für dieses Gespräch sollen möglichst knapp gehalten werden. Es wird ein Termin nach der Sommerpause anvisiert. Die Mitglieder des LRT werden umgehend informiert, sobald dieser festgelegt ist.

TOP 9

Berichte und Informationen/Sonstiges

- **RIGG-Infobrief**
In Kürze wird der zweite RIGG-Infobrief erscheinen. Darin sollen RIGG-Infos für die Regionalen Runden Tische von den Regionalen Runden Tischen kommuniziert werden.
- **Vernetzung Frauenschutz und Kinderschutz**
Auf Anregung der Vertreterinnen der Frauenhäuser soll eine Fachgruppe zum Thema „Vernetzung Frauenschutz und Kinderschutz“ installiert werden. Der LRT wird sich in seiner nächsten Sitzung damit befassen, wie und wann eine solche Fachgruppe eingerichtet werden kann. Zur Vorbereitung sollen Themen gesammelt werden.
- **Nächste Sitzung LRT**
Die nächste Sitzung des LRT wird im Herbst 2013 stattfinden.